

Big Brother, made in USA

Von Michael Schneider

George Orwells berühmter Roman „1984“ zeichnet das Schreckensbild eines totalitären Staates, der zur totalen Manipulation und Überwachung des Individuums und schließlich zu dessen Auslöschung führt. Bislang waren wir gewohnt, Orwells düsteren Roman und das Schicksal seiner Hauptfigur Winston Smith, der einer systematischen Gehirnwäsche unterzogen wird, als Abrechnung mit dem stalinistischen Totalitarismus zu lesen, zumal der „Große Bruder“ unverkennbare Züge des sowjetischen Diktators trug.

Indes haben wir heute allen Grund, Orwells negative Warnutopie auch auf die einzig verbliebene Supermacht, auf das Amerika des George W. Bush zu beziehen. Dies gilt nicht zuletzt für jene schizophrene Form geistiger Schulung, die im Roman die Mitglieder der „inneren Partei“ durchlaufen und die als „Doppeldenk“ und „Zwiesprech“ bezeichnet wird. „Doppeldenk“ manifestiert sich in den drei Parteislogans „Krieg ist Frieden“, „Freiheit ist Sklaverei“ und „Unwissenheit ist Stärke“. Dasselbe Prinzip liegt auch den Bezeichnungen der drei Superministerien zugrunde, die in Ozeanien alles beherrschen. Das „Ministerium für Friede“ führt permanent Krieg- wie das US-Verteidigungsministerium, das einen zeitlich und räumlich unbegrenzten „Krieg gegen den Terror“ führt. Das „Ministerium für Wahrheit“ verfälscht die Geschichte und verbreitet systematische Lügen – wie die US-Propagandaabteilungen und das State Department, das die amerikanische und die Weltöffentlichkeit mit gezielten Desinformationen und Lügen über die angebliche Verbindung des Irak mit Al Quaida und mit gefälschten Geheimdienst dossiers über angebliche irakische Massenvernichtungswaffen getäuscht hat, welche bis heute nicht gefunden wurden. Das „Ministerium für Liebe“ überwacht die Bürger, forscht ihre Intimsphäre aus und setzt sie willkürlich in Haft- wie heute das amerikanische Justizministerium unter John Ashcroft, der das Kernstück der amerikanischen Justiz, die anwaltliche Schweigepflicht, per Dekret abgeschafft hat. Seither wird die Kommunikation zwischen Anwälten und ihren Klienten abgehört, politische oder religiöse Gruppen werden ohne jede Begründung bespitzelt, Wohnungen ohne richterlichen Durchsuchungsbefehl gefilzt, Telefone und Emails überwacht. Derzeit sitzen viele Hunderte muslimische und nicht-muslimische „Verdächtige“, die keinerlei Rechtsschutz mehr genießen, in US-Gefängnissen, wie die Internationale Liga für Menschenrechte und Human Rights berichtet.

Schon höre ich den Einspruch: „Das sind völlig unzulässige und ahistorische Vergleiche! In der ältesten und stabilsten Demokratie der Welt mit ihrer freiheitlichen Verfassung und ihrem

berühmten „check and balance“-System des Machtausgleichs zwischen den konstituierten Gewalten wird ein Orwell'sches Szenario niemals möglich sein!“

Können wir dessen wirklich so sicher sein?

Ein politisches System mit echter Wahlfreiheit und unabhängigen Parteien gibt es in den Vereinigten Staaten schon seit geraumer Zeit nicht mehr. Es gibt nur, wie Noam Chomsky sagt, „die eine große Unternehmer-Partei mit zwei Flügeln: einem republikanischen und einem demokratischen.“ Und da kein amerikanischer Präsidentschaftskandidat ins Rennen gehen kann, wenn er nicht vom Big Business mit Hunderten Millionen Dollar gesponsert wird, ist er diesem auch verpflichtet. Der sog. Souverän, das amerikanische Volk, hat auf die Entscheidungen des Weißen Hauses, des State Department und des Pentagons nicht den geringsten Einfluss, zumal die Hälfte der wahlberechtigten Bürger chronische Wahlenthaltung übt. Der Militärisch-Industrielle Komplex mit dem Pentagon als organisierendem Zentrum, das ca. 30 000 US-Firmen mit Aufträgen beliefert, führt seit langem ein kaum mehr kontrolliertes Eigenleben. „Wenn man in diesem Land ein wirklich demokratisches politisches System aufbauen will“, erklärte jüngst Noam Chomsky, „müsste man ganz von vorn anfangen.“

Auch mit der Rede- Informations- und Pressefreiheit, Kernstücken der amerikanischen Verfassung, steht es im Amerika George W. Bushs schlecht -und immer schlechter. Längst sind die großen US-Medien, die den Big Corporations gehören oder von diesen gesponsert werden, auf den Kurs der Regierung eingeschwenkt, d.h. faktisch gleichgeschaltet. Regierungskritische Beiträge und Sendungen werden als „unpatriotisch“ angesehen und fallen der Selbstzensur und dem ungeheuren Konformitätsdruck zum Opfer. Während des Irak-Krieges wurden Jugendliche schon wegen T-Shirt-Texten wie „Give Peace a Chance!“ von Lehrern bestraft und im Einkaufszentren mit Hausverbot belegt. Bibliotheken melden, dass viele Kunden aus Angst vor Bespitzelung vor der Lektüre regierungskritischer Bücher zurückschrecken.

Der Durchschnittsamerikaner ist politisch so schlecht informiert, als habe er die Parole der Partei in Orwells Roman „Unwissenheit ist Stärke“ längst verinnerlicht. Dies hat auch mit dem miserablen Zustand des öffentlichen Schulsystems zu tun. Sage und schreibe 44 Millionen Amerikaner sind nicht imstande, Texte zu lesen und zu schreiben, die auf dem Niveau der vierten Schulklasse liegen. Mit anderen Worten, sie sind faktisch Analphabeten. Der Durchschnittsbürger verbringt 99 Stunden im Jahr mit dem Lesen von Büchern und im Vergleich dazu 1460 Stunden vor dem Fernseher. Nur elf Prozent der Amerikaner machen sich überhaupt die Mühe, eine Tageszeitung zu lesen.

Dass eine Bevölkerung, die ihre Informationen und ihr Bild von der Welt wesentlich über das Fernsehen gewinnt, beliebig manipuliert und indoktriniert werden kann, liegt auf der

Hand. Bereits in seiner 1999 erschienenen Studie „The Culture of Fear“ hat der US-Soziologe Barry Glasner jene „Kultur der Angst“ diagnostiziert, die er die „amerikanische Paranoia“ nennt. Seine gut belegte These: In den USA profitieren bestimmte Gruppen - Politiker, Medien, Journalisten, Konzerne - von den Ängsten der Bevölkerung und schüren sie daher mit allen Mitteln.

Letztes Jahr wurden Amerikaner immer wieder vor unmittelbar bevorstehenden Anschlägen gewarnt, dass Terroristen gezielt Footballstadien, Atomkraftwerke, Shopping Centers, Synagogen, Apartmentblocks, U-Bahnsystem, die Brooklyn-Brücke und andere Wahrzeichen in New York angreifen würden. Während des Aufmarsches der US- Truppen am Golf sah Condoleezza Rice, die Sicherheitsberaterin des US- Präsidenten, gar einen Atompilz über New York aufgehen, wenn Saddam Hussein nicht endlich das Handwerk gelegt werde. Kein Wunder, dass 60 Prozent der US- Bevölkerung den irakischen Diktator noch heute für die Terroranschläge des 11. September verantwortlich machen. Unmittelbar vor dem Beginn des Irakkrieges wurden die Bürger in zahllosen TV-und Radio-Spots des US-Heimatschutzministeriums aufgefordert, ihre Wohnungen vor möglichen biologischen und chemischen Angriffen zu schützen. Dazu sollten sich die Familien in einem vorab festgelegten Raum des Hauses versammeln und dort Klebebänder und schwere Plastikdecken zum Abdichten von Türen und Fenstern bereithalten. Die örtlichen Bau- und Supermärkte konnten sich kaum noch vor dem Andrang der „Emergency Shoppers“ retten.

Dass die Bush-Regierung zur Absicherung ihrer innen- und außenpolitischen Ziele in der amerikanischen Bevölkerung systematisch Angst und Hysterie schürt, war jüngst auch dem „Capitol Hill Blue“- Bericht zu entnehmen, der entsprechende Aussagen von Mitarbeitern des FBI und der CIA zitierte: Die ständigen Warnungen vor Terroranschlägen in den USA würden vom Weißen Haus fabriziert, ohne jeglichen Bezug auf Fakten, nur um in der Bevölkerung das Gefühl der andauernden Bedrohung aufrecht zu erhalten und der Politik des „starken und entschlossenen“ Präsidenten hohe Zustimmungsraten zu sichern.

Das Geschäft mit der Angst hat –darüber hinaus- die Funktion, die zunehmende Kontrolle und Überwachung der eigenen Bevölkerung zu legitimieren. Bereits mit dem - auch von den Demokraten bejubelten- „Patriot Act“ hat die Bush-Administration Einschränkungen elementarer Bürger- und Freiheitsrechte verfügt, von denen ein Mc Carthy nur hätte träumen können. Unter Justizminister Ascroft ist ein umfassendes nichtpolizeiliches Beobachtungs- und Tippgebersystem von Freizeitsheriffs entstanden, das aus Briefträger, Bus- und Fernfahrern, öffentlichen Bediensteten, ehrenamtlichen Wachmänner und frauen besteht und das nahezu alles überwacht: die eigene Nachbarschaft, öffentliche Plätze, Parks, Discos, Bibliotheken, Brücken, Autobahnen, vor allem aber die

„verdächtigen“ Campusse und die Viertel, in denen Muslime wohnen.

Dass auch Orwells „Gedankenpolizei“ im „Lande der unbegrenzten Möglichkeiten“ demnächst Einzug halten könnte, belegt ein neues Überwachungsprogramm der Regierung mit dem Namen „Terrorist Information Awareness“. Herzstück der geplanten Big-Brother-Initiative ist eine Datenbank, die öffentliche und private Informationen über Bürger enthalten und die Suche nach Mustern terroristischer Umtriebe erlauben soll. Erfasst werden sollen unter anderem der Internet-Verkehr, kommerzielle und staatliche Datenbanken von Finanzinstituten, Reiseunternehmen, Gesundheits- und Verkehrsbehörden. Seit dem „Patriot Act“ müssen auch Bibliotheken und Buchhandlungen Daten über das Leseverhalten ihrer Kunden an die staatlichen Ermittler weitergeben.

Doch zum Entsetzen von Bürgerrechtlern ist das nicht alles. Die Forschungsabteilung des Pentagons gab jetzt bekannt, auch ein Projekt namens „Lifelog“ zu verfolgen, in dessen Rahmen alles über einen Menschen aufgezeichnet werden soll, was sich elektronisch überhaupt erfassen und auswerten lässt: Jede E-Mail, jede angesteuerte Webseite, jedes Telefongespräch, jede angeschaute Fernsehsendung, jede gelesene Zeitung und jedes Buch. Dem Auge des Großen Bruders soll nichts mehr entgehen. Zusätzlich soll die Biometrik helfen, Menschen auf der Spur zu bleiben. Gesichtsform, die Iris und sogar der Gang sollen jedes Individuum identifizierbar machen. Radarstrahlen werden dabei die Bewegungen aus und erkennen ein Muster, das so einzigartig sein soll wie ein Fingerabdruck - ein technisch ausgeklügeltes Schnüffelprogramm, das selbst Orwells „Gedankenpolizei“ alt aussehen ließe.

Wenn das andere, das liberale und pazifistische Amerika, das vor und während des Irakkrieges in New York, Washington und San Franzisko zu Hunderttausenden auf die Straße ging, sich nicht gegen diese Pläne und diese Entwicklung stemmt, könnte es sich schon bald in einem Orwell'schen Polizei- und Überwachungsstaat wiederfinden, in dem die „innere (Unternehmer) Partei“ die manipulierten Massen in einem Zustand andauernder Bedrohung und patriotischer Wehrhaftigkeit hält und ihre Streitkräfte gegen immer neue Phantomfeinde in den Krieg schickt. Denn längst liegt über Gods own country der Mehltau des Totalitären.